

Bibliothek
DIW Berlin
 Königin-Luise-Straße 5
 14195 Berlin
 Tel.: 030 / 89789 - 350

EU-Osterweiterung finanzierbar — Reformdruck wächst	553
Wohlstandsgefälle in der EU-27 und Konsequenzen für die EU-Strukturpolitik	562

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 36/2001

Berlin

6. September 2001

68. Jahrgang

EU-Osterweiterung finanzierbar — Reformdruck wächst

Szenarien für den EU-Haushalt 2007 und 2013

In der Debatte um die Finanzierung der Osterweiterung prallen gegenläufige Interessen aufeinander. Erstens erwarten die neuen Mitglieder die gleichberechtigte Teilhabe an den ausgabewirksamen Politiken der Europäischen Union (EU). Angesichts des Entwicklungsgefälles zwischen heutigen Mitgliedern und Beitrittskandidaten ist deshalb von vornherein von einem Nettotransfers an die neuen Mitglieder auszugehen. Zweitens wollen vor allem die heutigen Nettozahler in den EU-Haushalt vermeiden, dass ihre Belastung infolge der Osterweiterung erheblich zunehmen wird. Drittens widersetzen sich die heutigen Empfänger von Transfers einer Reduzierung ihrer Förderung nach einer Erweiterung. Zwischen diesen Positionen muss ein Kompromiss gefunden werden, da es offensichtlich unmöglich ist, gleichzeitig netto Zahlungen an die neuen Mitglieder zu leisten, die Unterstützung aller heutigen Mitglieder in vollem Umfang aufrecht zu erhalten und die Belastung auf der Einzahlungsseite des Budgets konstant zu halten.

Doch die Debatte sollte nicht von der Diskussion um Nettozahlungen dominiert werden. Vielmehr sollte die EU noch vor der Erweiterung damit beginnen, ihre Agrar- und Strukturpolitik grundlegend zu reformieren, um sie langfristig auch für 27 Mitgliedsländer tragfähig zu machen. Das DIW Berlin hat in Kooperation mit dem Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen und dem Institut für Europäische Politik, Berlin, die finanziellen Folgen notwendiger Reformen im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen untersucht.¹

Notwendige Reformen der EU-Politiken

Gut 80 % des EU-Budgets entfallen auf die gemeinsame Agrarpolitik und die EU-Strukturpolitik. Die EU-Strukturpolitik zielt vor allem auf die Bekämpfung regionaler Entwicklungsprobleme in der EU; etwa 30 Mrd. Euro p. a. oder ein Drittel des Haushaltes werden hierfür eingesetzt. Die wesentliche Schwachstelle dieser Politik liegt darin, dass die Mittel viel zu wenig auf die bedürftigsten Empfänger konzentriert werden. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollte die europäische Ebene nur dort tätig werden, wo die Mitgliedstaaten bestimmte Ziele nicht selbst bes-

ser erreichen können. Die Transfers aus den Strukturfonds sollten also ausschließlich an Mitgliedstaaten mit deutlich unterdurchschnittlichem BIP pro Kopf gehen; diese erhalten heute jedoch nur etwa die Hälfte der Mittel. Weitere zentrale Probleme liegen im ausufernden Instrumentarium, in der geringen Transparenz der Mittelverga-

¹ Christian Weise, Martin Banse, Wolfgang Bode, Barbara Lipert, Ferdinand Nölle, Stefan Tangermann: Reformbedarf bei den EU-Politiken im Zuge der Osterweiterung der EU, Berlin und Göttingen, 2001. Download: <http://www.diw.de/deutsch/abteilungen/wlt/projekte/index.html>

be und in den hohen administrativen Kosten dieser Politik. Das Fehlen klarer Verteilungsregeln führt zu widersprüchlichen Förderintensitäten, zahlreichen Sonderzahlungen und ökonomisch oft schlecht begründeten Auswahlkriterien für förderwürdige Regionen. Kommen zwölf neue Mitgliedstaaten mit etwa 50 neuen Förderregionen hinzu, verschärfen sich diese Probleme.²

Durch die Aufnahme wesentlich ärmerer Mitgliedstaaten sinkt das durchschnittliche BIP pro Kopf der EU. Gemessen an diesem neuen Durchschnitt steigt der relative Wohlstand in der heutigen EU, und viele Regionen fallen aus der Förderung heraus.³

In der Agrarpolitik stellen die Direktzahlungen zur Einkommensstützung das zentrale Problem dar. Sie vermitteln nach wie vor Anreize zur Produktion und werden damit in Zukunft vermutlich erhebliche Schwierigkeiten in der World Trade Organisation (WTO) schaffen. Eine Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktion wird immer dringlicher. Zudem müssen diese Zahlungen als einzige Transferleistungen aus dem EU-Budget bisher nicht national kofinanziert werden.⁴ Der Verzicht darauf hat erhebliche negative Konsequenzen für die Effizienz der Agrarförderpolitik.

Bei einer Erweiterung wird man den neuen Mitgliedern diese Einkommensstützungszahlungen aus dem EU-Budget nicht auf Dauer vorenthalten können. Eine dauerhafte nationale Kofinanzierung auf dem heutigen Niveau der Unterstützung würde die Budgets der neuen Mitglieder jedoch überlasten. Die Erweiterung verstärkt folglich den ohnehin bestehenden Druck in Richtung auf eine Entkoppelung der Förderung von der Produktion und vor allem auf einen Abbau dieser Subventionierung.

Szenarien für das EU-Budget

Um die Effekte von Erweiterung und Reformen auf den EU-Haushalt transparent zu machen, werden hier die Ergebnisse von vier Szenarien für den EU-Haushalt der Jahre 2007 und 2013 vorgestellt. Bei diesen Rechnungen sind Unschärfen nicht zu vermeiden.⁵

- Erstens wurde simuliert, wie sich der EU-Haushalt ohne Erweiterung und ohne Reformen entwickeln wird (Status quo EU-15).
- Zweitens wurde der finanzielle Effekt einer Erweiterung um alle zwölf aktuellen Partner in den Beitrittsverhandlungen unter der Prämisse ermittelt, dass alle heute geltenden Regeln unverändert in der erweiterten EU angewendet werden (Status quo EU-27). In der EU-Strukturpolitik qualifizieren sich deshalb weiterhin nur Regionen mit einem BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten (KKP) von bis zu 75 % des EU-Durchschnitts für die Höchstförderung. Als Beitrittsfahrplan wurde unterstellt, dass zehn Kandidaten zu Beginn des Jahres 2005 in die

EU aufgenommen werden und Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 folgen.

- Im dritten Szenario wird dann eine moderate Reform sowohl der Struktur- wie der Agrarpolitik in einer erweiterten Union angenommen (Moderate Reform EU-27). In der Strukturpolitik wird darauf reagiert, dass viele heute besonders stark unterstützte Regionen in der erweiterten Union ihren Förderstatus verlieren. Im Szenario wird die Einkommensschwelle für die Höchstförderung von 75 auf 80 % des EU-Durchschnitts angehoben. Auch dann müssen die heutigen Empfänger auf einen Teil ihrer Förderung verzichten; eine volle Kompensation wäre erst bei rund 86 % gegeben. Der Anteil der sonstigen Förderung⁶ an den Strukturfonds wird von gut 30 % auf 10 % gesenkt. In der Agrarpolitik bleiben die Direktzahlungen zur Einkommensstützung erhalten. Sie sind in diesem Szenario nun aber zur Hälfte von den nationalen Haushalten mitzufinanzieren. Ihr Anteil am EU-Budget sinkt also, und die spezifische Verteilung der Lasten aus der Agrarpolitik auf die Mitgliedstaaten ändert sich.
- Im vierten Szenario wird eine entschiedene Reform beider Politiken in einer erweiterten Union unterstellt (Entschiedene Reform EU-27). Sie besteht in der Strukturpolitik darin, dass jetzt nur noch solche Mitgliedstaaten die höchste Förderung erhalten, deren nationales BIP

² In dieser Untersuchung werden die zwölf Kandidaten erfasst, mit denen Beitrittsverhandlungen geführt werden: Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, Malta und Zypern. Die Türkei wird nicht behandelt. Sie hat zwar den Status eines Beitrittskandidaten, doch mit konkreten Verhandlungen über eine Aufnahme in die EU ist vorerst nicht zu rechnen.

³ Für eine ausführliche Diskussion dieses Problems vgl. den zweiten Artikel in diesem Wochenbericht. Zu den regionalen Entwicklungsunterschieden und den Wettbewerbsbedingungen in einer erweiterten Union vgl. Christian Weise, John Bachtler, Ruth Downes, Irene McMaster, Kathleen Toepel: The Impact of EU-Enlargement on Cohesion. Background Report for the Preparation of the European Commission's Second Report on Economic and Social Cohesion, Berlin und Glasgow 2001. Download: <http://www.diw.de/english/abteilungen/wlt/projekte/index.html>

⁴ Das ist historisch darin begründet, dass die Direktzahlungen als Ersatz von Preisstützung eingeführt wurden (so genannte MacSharry-Reform von 1992). Da die Ausgaben für Preisstützung von der EU gezahlt wurden, lag es nahe, auch die Direktzahlungen aus dem EU-Budget zu finanzieren. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand von der Einführung der Zahlungen verliert diese Begründung aber immer mehr an Überzeugungskraft. So wurde während der Verhandlungen über die Agenda 2000 bereits über eine finanzielle Beteiligung der Mitgliedstaaten an den Direktzahlungen gesprochen. Bei allen übrigen gemeinsamen Politiken ist eine direkte Beteiligung der Mitgliedstaaten an den finanziellen Folgen gemeinsam beschlossener Ausgaben mit guten Gründen schon jetzt vorgesehen.

⁵ Zu den methodischen Details der Modellierung vgl. Christian Weise et al.: Reformbedarf ..., a. a. O., Kapitel 4.

⁶ Dazu gehören vor allem die Förderung ausgewählter altindustrieller Regionen und ländlicher Räume, auch wenn diese Gebiete ein BIP pro Kopf in KKP von mehr als 75 % des EU-Durchschnitts haben, sowie bestimmte arbeitsmarktpolitische Programme.

pro Kopf unter 90 % des EU-Durchschnitts⁷ liegt. Der Abbau regionaler Disparitäten innerhalb eines Mitgliedstaates (z. B. Ostdeutschland, Süditalien) wird im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip als *nationale* Aufgabe gesehen. In der Agrarpolitik kommt es bei entschiedener Reform zu einer Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion und zu einem schrittweisen kompletten Abbau dieser Zahlungen (dessen Abschluss erst nach Ende des Szenariozeitraums erreicht ist).

In allen Szenarien ist für die Regionen, die in der Strukturpolitik aus der Förderung herausfallen, eine substantielle Übergangsregelung simuliert worden, nach der die Förderung bis 2013 schrittweise abgebaut wird. Ein gegenläufiger Einfluss auf das Budget entsteht daraus, dass die Strukturfondstransfers an die neuen Mitglieder nach dem Beitritt — wie nach gegenwärtiger Beschlusslage vorgesehen — erst Schritt für Schritt auf die endgültige Höhe gebracht werden.

Ergebnisse der Szenarienrechnungen

In der Agenda 2000 wurde die mittelfristige Finanzplanung für die EU bis 2006 festgelegt. Man ging hierbei von einer Erweiterung um sechs Mitglieder aus (EU-21).⁸ Danach beträgt der Anteil der hier erfassten operativen Ausgaben⁹ am BIP der EU 1,02 % oder 96,5 Mrd. Euro (alle

Angaben in Preisen von 1999). In allen Szenarienrechnungen liegt dieser Anteil (zum Teil deutlich) unter diesem Wert (vgl. die Tabellen 1 bis 4). Nach den Ergebnissen der Szenarienrechnungen würden die operativen Ausgaben der EU, wenn es nicht zu einer Erweiterung kommt, knapp 75 Mrd. Euro im Jahr 2007 und etwa 65 Mrd. Euro im Jahr 2013 ausmachen. Bei einer Erweiterung um alle zwölf Länder, mit denen gegenwärtig über einen Beitritt verhandelt wird, lägen die operativen Ausgaben für die EU-27 je nach Szenario 2007 zwischen 90 und 75 Mrd. Euro und 2013 zwischen 86 und 64 Mrd. Euro; bezogen auf das BIP der EU-27 wären dies zwischen 0,92 und 0,57 %.

Zu relativ niedrigen Ansätzen für den EU-Haushalt kommt es insbesondere dann, wenn alte und neue Mitglieder bereit sind, inhaltlich gut begründete Grenzen für

⁷ Dieser Wert orientiert sich an der derzeitigen Förderschwelle für die Unterstützung aus dem Kohäsionsfonds. Eine niedrigere Schwelle, z. B. 80 %, hätte aus ökonomischer Sicht den Vorteil, zu einer stärkeren Konzentration der Transfers auf die bedürftigsten Empfänger zu führen.

⁸ Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowenien, Estland, Zypern.

⁹ Die so genannten operativen Ausgaben umfassen die Agrar- und Strukturpolitik sowie die internen Politiken, knapp 90 % des EU-Budgets. Verwaltungsausgaben und externe Politiken (jeweils gut 5 % des Budgets) sind bei der Ermittlung der Nettoposition nicht zu berücksichtigen. Im Jahr 1999 entfielen auf diese Ausgaben gut 70 Mrd. Euro oder 0,9 % des BIP der EU-15.

Tabelle 1

Simulation von Ausgaben und Finanzierung des EU-Haushalts 2007 und 2013: Gesamtszenario „Status quo EU-15“

	2007					2013				
	Summe operative Ausgaben	darunter:		Ein-zahlungen	Netto-zahlungen	Summe operative Ausgaben	darunter:		Ein-zahlungen	Netto-zahlungen
		Struktur-politik	Agrar-politik				Struktur-politik	Agrar-politik		
Belgien	1 367	160	1 060	2 202	-835	1 278	145	969	1 937	-659
Dänemark	1 417	94	1 247	1 528	-111	1 360	85	1 189	1 344	16
Deutschland	11 446	3 536	6 737	18 917	-7 472	10 217	2 737	6 161	16 638	-6 421
Griechenland	5 594	3 442	2 003	1 069	4 525	4 201	2 263	1 772	940	3 261
Spanien	13 410	8 056	4 798	5 121	8 289	10 812	5 891	4 301	4 504	6 308
Frankreich	12 451	1 816	9 773	12 771	-320	11 676	1 689	9 001	11 232	444
Irland	2 328	149	2 122	747	1 581	2 035	17	1 950	657	1 377
Italien	10 063	4 739	4 522	10 472	-408	8 968	4 045	4 036	9 210	-242
Luxemburg	62	10	46	161	-99	59	9	42	142	-83
Niederlande	2 211	359	1 625	3 442	-1 232	2 120	325	1 538	3 028	-908
Österreich	1 550	216	1 217	1 856	-306	1 467	199	1 136	1 632	-165
Portugal	3 366	2 391	835	961	2 405	3 017	2 103	758	845	2 172
Finnland	1 193	291	828	1 130	63	981	121	775	994	-13
Schweden	1 254	232	893	2 087	-833	1 111	151	815	1 835	-724
UK	7 081	1 904	4 320	12 328	-5 247	6 477	1 604	3 901	10 843	-4 366
EU-15	74 792	27 395	42 025	74 792		65 779	21 384	38 345	65 779	
In % des BIP der EU-15	0,81	0,30	0,45	0,81		0,63	0,21	0,37	0,63	

Angaben in Mill. Euro in Preisen von 1999.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

Tabelle 2

**Simulation von Ausgaben und Finanzierung des EU-Haushalts 2007 und 2013:
Gesamtszenario „Status quo EU-27“**

	2007					2013				
	Summe operative Ausgaben	darunter:		Ein- zah- lungen	Netto- zah- lungen	Summe operative Ausgaben	darunter:		Ein- zah- lungen	Netto- zah- lungen
		Struktur- politik	Agrar- politik				Struktur- politik	Agrar- politik		
Belgien	1 215	43	1 051	2 516	-1 301	1 142	39	966	2 392	-1 250
Dänemark	1 308	25	1 219	1 746	-438	1 234	23	1 140	1 659	-425
Deutschland	9 419	1 756	6 694	21 618	-12 199	7 721	465	6 156	20 549	-12 828
Griechenland	4 973	2 847	2 003	1 222	3 751	3 305	1 395	1 771	1 161	2 143
Spanien	9 753	4 504	4 790	5 852	3 901	6 714	1 895	4 302	5 562	1 151
Frankreich	10 993	639	9 642	14 594	-3 601	10 263	579	8 862	13 872	-3 609
Irland	2 245	101	2 097	854	1 392	2 012	5	1 952	812	1 201
Italien	7 665	2 517	4 485	11 967	-4 301	5 254	494	4 020	11 375	-6 121
Luxemburg	54	3	46	184	-131	50	3	42	175	-125
Niederlande	2 012	96	1 728	3 934	-1 922	1 982	87	1 681	3 739	-1 757
Österreich	1 379	73	1 209	2 120	-742	1 279	43	1 125	2 016	-736
Portugal	2 569	1 625	828	1 098	1 471	1 397	512	754	1 044	353
Finnland	1 042	156	824	1 291	-249	871	32	768	1 227	-356
Schweden	1 085	95	884	2 385	-1 299	968	40	805	2 267	-1 299
UK	5 900	885	4 307	14 088	-8 188	4 994	286	3 897	13 391	-8 398
Tschechische Rep.	2 953	1 841	992	675	2 279	3 954	3 069	750	723	3 231
Ungarn	3 593	1 698	1 780	574	3 019	4 599	2 830	1 641	622	3 976
Polen	11 682	5 616	5 603	1 904	9 778	14 466	9 360	4 575	2 053	12 413
Slowakische Rep.	1 278	768	445	256	1 022	1 695	1 280	341	284	1 411
Slowenien	163	82	57	207	-44	197	137	34	204	-7
Estland	371	192	163	64	307	472	320	135	70	401
Lettland	646	246	373	82	563	784	410	345	93	691
Litauen	1 175	414	718	138	1 037	1 419	690	681	155	1 264
Zypern	23	14	—	91	-69	34	23	—	87	-53
Malta	5	—	—	35	-30	6	—	—	33	-28
Bulgarien	1 648	184	1 372	177	1 472	2 271	920	1 250	213	2 059
Rumänien	5 111	612	4 241	588	4 523	7 401	3 060	4 054	705	6 696
EU-15	61 612	15 365	41 809	85 469	-23 856	49 186	5 898	38 239	81 241	-32 055
Beitritts- kandidaten-12	28 648	11 668	15 745	4 792	23 856	37 296	22 100	13 805	5 241	32 055
EU-27	90 260	27 033	57 554	90 260		86 482	27 998	52 045	86 482	
In % des BIP der EU-27	0,92	0,28	0,59	0,92		0,78	0,25	0,47	0,78	

Angaben in Mill. Euro in Preisen von 1999.
Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

Transfers zu akzeptieren. Anderenfalls würde das EU-Budget künftig sehr viel umfangreicher ausfallen; der worst case wird hier ergänzend zu den Szenarien kurz ausgeführt. Dann wären im Jahr 2013 für die EU-27 für die Agrarpolitik und die internen Politiken die Ansätze aus dem Szenario „Status quo EU-27“ anzusetzen (zusammen 58,5 Mrd. Euro). Wenn sich die derzeitigen Empfänger von Transfers in der Strukturpolitik erfolgreich gegen jede Mittelkürzung zur Wehr setzten, wäre in diesem Politikbereich das für 2006 geplante Ausgabeniveau fortzuschreiben (29,2 Mrd. Euro). Die maximale Subventionierung der neuen Mitglieder würde in der Strukturpolitik 41,3 Mrd. Euro erfordern; ein solcher Mittelzufluss würde

die zurzeit geltende Obergrenze massiv überschreiten und mit hoher Wahrscheinlichkeit die Fähigkeit der Mittelempfänger überstrapazieren, die Transfers sinnvoll einzusetzen. Insgesamt beliefen sich die operativen Ausgaben dann auf 129 Mrd. Euro oder 1,16 % der EU-27 im Jahr 2013. Dies ist der obere Vergleichswert zur Beurteilung der Ergebnisse der hier vorgelegten Szenarien.

Das Volumen der operativen Ausgaben schrumpft zwischen 2007 und 2013 meist auch absolut. Die Belastung des EU-Budgets durch die Einkommensstützung für Landwirte nimmt in allen Szenarien ab. Die heutigen Empfänger struktureller Transfers wachsen zu einem er-

Tabelle 3

Simulation von Ausgaben und Finanzierung des EU-Haushalts 2007 und 2013:
Gesamtszenario „Moderate Reform EU-27“

	2007					2013				
	Summe operative Ausgaben	darunter:		Ein- zah- lungen	Netto- zah- lungen	Summe operative Ausgaben	darunter:		Ein- zah- lungen	Netto- zah- lungen
		Struktur- politik	Agrar- politik				Struktur- politik	Agrar- politik		
Belgien	980	27	833	2 081	-1 101	934	24	773	2 105	-1 172
Dänemark	912	16	834	1 444	-532	880	14	794	1 461	-581
Deutschland	7 149	1 695	4 486	17 881	-10 732	5 848	571	4 177	18 088	-12 240
Griechenland	4 932	3 052	1 758	1 010	3 922	3 681	1 993	1 550	1 022	2 659
Spanien	8 967	4 808	3 700	4 840	4 127	6 828	2 988	3 324	4 896	1 932
Frankreich	7 632	500	6 419	12 072	-4 440	7 250	453	5 974	12 211	-4 961
Irland	1 696	99	1 549	706	989	1 523	3	1 465	714	809
Italien	7 086	3 031	3 392	9 898	-2 812	6 270	2 489	3 040	10 012	-3 743
Luxemburg	38	2	31	153	-114	37	2	29	154	-118
Niederlande	1 652	59	1 405	3 254	-1 602	1 663	54	1 394	3 291	-1 629
Österreich	1 093	55	942	1 754	-661	1 023	27	886	1 774	-751
Portugal	2 837	2 069	651	908	1 928	2 545	1 819	596	919	1 627
Finnland	855	143	651	1 068	-213	704	20	613	1 080	-377
Schweden	788	78	603	1 973	-1 185	700	25	553	1 995	-1 295
UK	4 261	764	2 788	11 653	-7 392	3 521	176	2 534	11 787	-8 266
Tschechische Rep.	2 549	1 841	588	558	1 991	3 606	3 069	402	636	2 969
Ungarn	3 062	1 698	1 248	475	2 587	4 133	2 830	1 175	548	3 585
Polen	10 247	5 616	4 168	1 575	8 672	13 226	9 360	3 335	1 807	11 419
Slowakische Rep.	1 089	768	257	212	877	1 532	1 280	178	250	1 282
Slowenien	121	82	15	171	-51	163	137	-1	180	-17
Estland	325	192	117	53	271	432	320	95	62	370
Lettland	538	246	265	68	469	668	410	230	82	587
Litauen	957	414	500	114	842	1 176	690	438	136	1 040
Zypern	23	14	-	75	-53	34	23	-	76	-43
Malta	5	-	-	29	-24	6	-	-	29	-24
Bulgarien	1 357	184	1 080	146	1 211	2 018	920	997	187	1 831
Rumänien	3 511	612	2 641	486	3 024	5 725	3 060	2 378	620	5 105
EU-15	50 878	16 396	30 043	70 695	-19 818	43 407	10 657	27 702	71 511	-28 105
Beitritts- kandidaten-12	23 781	11 668	10 878	3 963	19 818	32 718	22 100	9 227	4 614	28 105
EU-27	74 659	28 064	40 922	74 659		76 125	32 757	36 929	76 125	
In % des BIP der EU-27	0,76	0,29	0,42	0,76		0,69	0,30	0,33	0,69	
Angaben in Mill. Euro in Preisen von 1999.										
Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.										

heblichen Teil auch ohne Erweiterung bis 2007 aus der Förderungswürdigkeit heraus.

Insgesamt erhalten die neuen Mitglieder im Jahr 2013 nach den hier vorgestellten Rechnungen je nach Szenario netto zwischen 26 und 32 Mrd. Euro (in Preisen von 1999). Auf die Strukturfonds entfallen in jedem Szenario etwa 22 Mrd. Euro; in den meisten Fällen greift hier die in den Verordnungen vorgesehene Obergrenze für strukturelle Transfers an ein Mitgliedsland in Höhe von 4 % seines BIP zu nominalen Kursen (nicht zu KKP), mit der die begrenzte Absorptionfähigkeit der Mittelempfänger berücksichtigt wird. Die agrarpolitischen Transfers variie-

ren je nach Modellierung der Direktzahlungen. Sie liegen ohne Reform bei insgesamt knapp 14 Mrd. Euro, bei moderater Reform sind es gut 9 Mrd. und bei entschiedener Reform 7 Mrd. Euro.

Die heutigen EU-Mitglieder (EU-15) erhalten in allen drei Erweiterungsszenarien deutlich weniger Zahlungen aus dem EU-Haushalt als im Szenario ohne Reform und Erweiterung. Im Szenario „Entschiedene Reform EU-27“ liegen im Jahr 2013 die agrarpolitischen Transfers 14 Mrd. Euro und die strukturellen Transfers 17 Mrd. Euro (und damit etwa um 40 bzw. 80 %) unter dem Ansatz im Szenario „Status quo EU-15“. Bei der Agrarpolitik folgt die

Tabelle 4

**Simulation von Ausgaben und Finanzierung des EU-Haushalts 2007 und 2013:
Gesamtszenario „Entschiedene Reform EU-27“**

	2007					2013				
	Summe operative Ausgaben	darunter:		Ein- zah- lungen	Netto- zah- lungen	Summe operative Ausgaben	darunter:		Ein- zah- lungen	Netto- zah- lungen
		Struktur- politik	Agrar- politik				Struktur- politik	Agrar- politik		
Belgien	1 124	7	997	2 198	-1 074	873	6	731	1 762	-889
Dänemark	1 159	3	1 093	1 525	-366	765	2	691	1 222	-457
Deutschland	8 453	1 503	5 982	18 879	-10 426	4 791	86	3 605	15 137	-10 346
Griechenland	4 406	2 389	1 894	1 067	3 339	3 761	2 164	1 458	855	2 905
Spanien	8 683	3 873	4 351	5 110	3 573	3 602	130	2 955	4 097	-496
Frankreich	9 386	245	8 429	12 745	-3 359	5 845	45	4 977	10 219	-4 374
Irland	2 061	106	1 907	746	1 315	1 373	9	1 307	598	775
Italien	7 069	2 301	4 105	10 451	-3 382	3 544	86	2 718	8 379	-4 835
Luxemburg	47	0	42	161	-114	32	0	26	129	-97
Niederlande	1 886	11	1 688	3 435	-1 549	1 600	10	1 377	2 754	-1 154
Österreich	1 242	31	1 114	1 852	-610	925	5	809	1 485	-560
Portugal	2 882	1 996	769	959	1 923	2 484	1 808	545	769	1 716
Finnland	964	127	775	1 128	-163	650	6	573	904	-254
Schweden	963	58	799	2 083	-1 120	611	6	483	1 670	-1 059
UK	5 089	622	3 758	12 303	-7 214	2 939	48	2 079	9 865	-6 926
Tschechische Rep.	2 154	1 428	606	589	1 565	2 766	2 380	251	533	2 233
Ungarn	2 917	1 590	1 212	501	2 416	3 695	2 650	917	458	3 236
Polen	10 182	5 616	4 103	1 663	8 518	12 603	9 360	2 713	1 512	11 091
Slowakische Rep.	1 089	768	257	224	866	1 455	1 280	101	209	1 247
Slowenien	281	246	12	181	100	418	410	-18	151	267
Estland	340	192	132	56	284	425	320	88	52	373
Lettland	564	246	291	72	492	634	410	195	68	565
Litauen	1 018	414	561	121	898	1 110	690	372	114	996
Zypern	21	12	-	80	-59	30	20	-	64	-34
Malta	5	-	-	30	-26	6	-	-	24	-19
Bulgarien	1 333	184	1 056	154	1 179	1 876	920	854	157	1 719
Rumänien	3 507	612	2 638	513	2 994	4 895	3 060	1 548	519	4 376
EU-15	55 414	13 272	37 704	74 641	-19 227	33 795	4 414	24 333	59 847	-26 051
Beitritts- kandidaten-12	23 411	11 308	10 869	4 185	19 227	29 912	21 500	7 021	3 861	26 051
EU-27	78 826	24 580	48 573	78 826		63 708	25 914	31 354	63 708	
In % des BIP der EU-27	0,81	0,25	0,50	0,81		0,57	0,23	0,28	0,57	

Angaben in Mill. Euro in Preisen von 1999.
Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

Kürzung aus dem simulierten Abbau der Direktzahlungen und damit nicht unmittelbar aus der Erweiterung. In der Strukturpolitik kommt es dagegen bei einer Erweiterung auch ohne Reform zu ähnlich hohen Mittelreduzierungen. Die „Entschiedene Reform“ dient hier vor allem dazu, die verbleibende Förderung für die EU-15 auf die bedürftigsten Mitgliedstaaten zu konzentrieren.

Nettopositionen einzelner Länder

Von den Reformmaßnahmen und der Erweiterung sind die einzelnen Länder unterschiedlich betroffen; dies spie-

gelt sich u. a. in der Veränderung ihrer Nettoposition wieder. Deutschland trägt in allen Szenarien insgesamt die größte Nettolast (Tabelle 5).¹⁰ Dies ist aufgrund der Bevölkerungszahl, des überdurchschnittlichen Einkommens und der niedrigen Agrarrückflüsse keine Überraschung.

¹⁰ Bei der Berechnung der Nettopositionen wurde unterstellt, dass der Anteil der Mitgliedstaaten an den Einzahlungen in das Budget ihrem Anteil am gemeinschaftlichen BIP entspricht. Dies ist heute weitgehend der Fall. Zur Debatte um die Nettozahlerpositionen vgl. Deutsche Debatte um den EU-Haushalt — Senkung des Nettobeitrags kein Reformersatz. Bearb.: Christian Weise. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 40/97, S. 730–737.

Tabelle 5

**Nettoauszahlungen aus dem EU-Haushalt pro Kopf in Euro
nach verschiedenen Szenarien 2007 und 2013**

	2007				2013				nachrichtlich:		
	Status quo EU-15	Status quo EU-27	Moderate Reform EU-27	Entschie-dene Reform EU-27	Status quo EU-15	Status quo EU-27	Moderate Reform EU-27	Entschie-dene Reform EU-27	BIP pro Kopf in KKP ¹⁾ EU-27=100 2002	Nettoauszahlungen pro Kopf 1995 – 1999	Bevölke-rung in 1 000 2007
Luxemburg	-222,8	-294,3	-257,5	-256,0	-182,6	-273,4	-257,7	-212,0	193	-145,6	445
Dänemark	-20,9	-82,5	-100,1	-68,8	3,1	-80,0	-109,2	-86,0	135	39,8	5 311
Niederlande	-78,0	-121,7	-101,5	-98,1	-57,3	-110,8	-102,8	-72,8	128	-78,9	15 790
Österreich	-37,5	-91,0	-81,1	-74,9	-20,1	-89,9	-91,6	-68,4	127	-94,6	8 147
Belgien	-82,2	-128,1	-108,4	-105,7	-65,0	-123,4	-115,7	-87,7	125	-11,5	10 157
Deutschland	-91,5	-149,4	-131,5	-127,7	-78,9	-157,6	-150,4	-127,1	123	-116,4	81 637
Irland	399,3	351,4	249,8	332,1	332,7	290,0	195,4	187,2	123	622,8	3 960
Finnland	12,2	-47,9	-40,9	-31,4	-2,5	-68,1	-72,0	-48,6	117	-38,0	5 200
Schweden	-93,0	-145,1	-132,3	-125,0	-80,2	-143,9	-143,5	-117,3	117	-113,3	8 956
UK	-87,9	-137,2	-123,8	-120,9	-72,8	-140,0	-137,8	-115,4	117	-30,5	59 695
Italien	-7,3	-77,0	-50,4	-60,6	-4,4	-111,9	-68,4	-88,4	116	-13,9	55 847
Frankreich	-5,3	-60,0	-73,9	-55,9	7,3	-59,3	-81,5	-71,9	114	-11,9	60 052
Spanien	214,3	100,9	106,7	92,4	165,1	30,1	50,6	-13,0	94	172,6	38 672
Zypern		-95,0	-73,2	-81,7		-69,4	-55,8	-43,8	93		723
Portugal	246,2	150,6	197,4	196,8	224,3	36,5	168,0	177,2	88	282,6	9 770
Slowenien		-22,8	-26,1	51,9		-3,7	-9,1	139,9	81		1 936
Griechenland	436,9	362,2	378,7	322,4	318,1	209,1	259,4	283,4	78	390,7	10 357
Tschech. Rep.		225,6	197,1	154,9		324,0	297,7	223,9	72		10 099
Ungarn		311,0	266,5	248,8		420,3	378,9	342,1	59		9 708
Slowak. Rep.		187,8	161,3	159,1		257,9	234,4	227,8	59		5 440
Estland		230,1	203,7	213,2		317,7	293,0	295,4	46		1 333
Polen		250,6	222,3	218,3		316,2	290,9	282,6	45		39 016
Litauen		287,2	233,3	248,6		356,0	292,9	280,4	39		3 610
Rumänien		208,3	139,3	137,9		315,6	240,6	206,2	36		21 719
Lettland		250,1	208,5	218,5		323,7	274,9	264,9	35		2 252
Bulgarien		188,6	155,2	151,1		273,4	243,2	228,3	29		7 803
EU-15		-63,8	-53,0	-51,4		-85,8	-75,3	-69,8			373 996
Beitritts-kandidaten-12		229,3	190,5	184,8		311,4	273,0	253,1			104 040
EU-27											478 036

¹⁾ KKP = Kaufkraftparitäten.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

Je nach Jahr und Szenario liegt die Nettobelastung Deutschlands *pro Kopf* in einer um zwölf neue Mitglieder erweiterten Union zwischen knapp 160 Euro und knapp 130 Euro (in Preisen von 1999). Die Erweiterung wirkt sich auf die Nettozahlerposition Deutschlands nur unterdurchschnittlich aus; die Nettozahlung pro Kopf erhöht sich in allen drei Erweiterungsszenarien weniger stark als für die heutige EU.

Gemessen an der Nettoposition im Jahr 2007 haben alle fünf großen Mitgliedstaaten der EU-15 (Deutschland, Frankreich, UK, Italien und Spanien) bei einer Erweiterung ein — unterschiedlich ausgeprägtes — Interesse an Reformen. Für die Konsenssuche und Mehrheitsbildung in der erweiterten Union ist eine frühzeitige Abstimmung in diesem Kreis der großen und mittleren Mitgliedstaaten von zentraler Bedeutung. Im Jahr 2013 sind Übergangsphasen in der Strukturpolitik abgelaufen,

und auch die Reformen in der Agrarpolitik sind sehr viel deutlicher spürbar. Die Situation ist dann etwas komplexer. Insgesamt beläuft sich der Nettobeitrag der fünf großen Mitglieder im Status quo dann auf fast 30 Mrd. Euro, während die Mitglieder der EU-15 zusammen netto 32 Mrd. Euro an die neuen Mitglieder transferieren. Auch in den beiden Reformszenarien würden die fünf großen Länder praktisch die gesamten Nettozahlungen an die neuen Mitglieder leisten, wobei zu beachten ist, dass Spanien in zwei der drei EU-27-Szenarien selbst Nettoempfänger ist.

Im Jahr 2013 ist für Frankreich der Status quo am günstigsten, für Spanien und Italien ist es die moderate Reform. Deutschland wie auch das Vereinigte Königreich haben vor allem ein Interesse an einer entschiedenen Reform. Der Status quo wird sich jedoch als nicht haltbar erweisen. Unter den beiden Reformszenarien müsste

auch Frankreich eher die entschiedene als die moderate Reform unterstützen. Italien fährt im Status quo deutlich am schlechtesten. Die entschiedene Reform ist nur für Spanien die schlechteste Lösung. Die anderen zehn heutigen EU-Mitglieder würden überwiegend von der entschiedenen Reform profitieren. Die zwölf Beitrittskandidaten erhielten in den Reformszenarien geringere Nettotransfers als im Status quo.

Anhaltende Reformnotwendigkeit

Selbst bei einem Ausbleiben von Reformen würden die operativen Ausgaben in einer EU-27 nach den hier gerechneten Szenarien im Jahr 2013 etwa 10 Mrd. Euro unter dem Mittelansatz für 2006 liegen (in Preisen von 1999). Daraus folgt allerdings keineswegs, dass ein Verzicht auf weitere Reformen eine sinnvolle Option ist. Dies gilt zum einen wegen der angesprochenen inhaltlichen Probleme in der Struktur- und Agrarpolitik. Der Status quo ist in der Agrarpolitik schon wegen der WTO-Verhandlungen nicht zu halten. Zum anderen sind in Zukunft Ansprüche an das EU-Budget zu erwarten, deren Umfang heute noch nicht im Einzelnen geschätzt werden kann, die aber voraussichtlich erheblich sein werden (gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Heranführungshilfen Türkei und westlicher Balkan, GUS, Mittelmeerpolitik, Umweltschutz). Wenn die derzeit gültige Obergrenze für das Gesamtbudget der EU von 1,27 % des EU-BIP gehalten werden soll, müssen die hier behandelten operativen Ausgaben also deutlich unter dieser Schwelle liegen.

Hinzu kommt, dass die Durchsetzung von Reformen, die bereits mit den Beschlüssen von Nizza schwieriger geworden ist, im Zuge der Erweiterung weiter erschwert wird. Bereits die Beschlüsse zur nächsten mittelfristigen finanziellen Vorausschau werden zumindest unter politischer Mitwirkung aller Beitrittskandidaten 2006 zustande kommen. Da die Erfahrung gezeigt hat, dass derartige Beschlüsse nur auf Basis eines möglichst breiten Konsens getroffen werden, sind die institutionellen Voraussetzungen zur Durchsetzung einer Reform-Agenda schlecht.

Gegenwärtig herrscht in der EU-15 eine diffuse Bereitschaft zu agrarpolitischen Reformen, die sich an der Fortsetzung der MacSharry-Reformen und den Anforderungen der WTO-Verhandlungen orientieren. Unter den Optionen zur Reduzierung der Agrarausgaben bevorzugen mehr Mitgliedstaaten eine schrittweise Reduktion der Direktbeihilfen als den Übergang zur nationalen Kofinanzierung. Auch die Beitrittsländer lehnen eine damit verbundene zusätzliche Belastung der nationalen Haushalte ab. Insofern wären auch sie für eine entschiedene Reform zu gewinnen. Die Ausgaben für die Agrarpolitik würden durch eine solche Reform gegenüber dem Status quo EU-27 um 21 Mrd. Euro sinken.

In der EU-Strukturpolitik kommt es im Szenario „Status quo EU-27“ zu deutlichen Einschnitten bei den Transfers an die heute besonders stark geförderten Regionen in der EU-15. Hieraus erwachsen gegenläufige Kräfte zur Neuentwicklung dieser Politik. Sie zielen einerseits auf Bestandswahrung in der EU-15, andererseits auf die stärkere Konzentration insgesamt verringerter Mittel auf die bedürftigsten Empfänger.

Es liegt auf der Hand, dass die heutigen Empfänger eine Aufweichung der Förderkriterien wünschen, womit sie sich zunächst weitere Fördermittel sicherten. Mittel- und langfristig wird sich dies aber auch für sie als eine teure Lösung erweisen, da großzügigere Regelungen dann für alle Mitglieder gelten müssen und nach einer Erweiterung aller Voraussicht nach nicht wieder zurückgenommen werden können. Dies erhöht die Transfers an die neuen Mitglieder, zu deren Finanzierung auch die heutigen Nettoempfänger von Strukturfondsmitteln in der EU-15 früher oder später erheblich beitragen müssen. Eine entschiedene Reform der Strukturpolitik liegt also auch im wohlverstandenen Eigeninteresse heutiger Empfänger.

Für die Beitrittskandidaten liegt der wesentliche Vorteil der hier modellierten entschiedenen Reform der Strukturpolitik darin, dass sie sich mit ihrem gesamten Staatsgebiet für Höchstförderung qualifizieren würden. Wenn sich die Förderung dagegen weiterhin am regionalen BIP orientiert, können zumindest die fortgeschritteneren unter den neuen Mitgliedern nicht mit einer Förderung ihrer wirtschaftlich leistungsfähigeren Hauptstadtregion rechnen. Dies hätte negative Wirkungen für die Gestaltung des nationalen Aufholprozesses.

Fazit

Die Erweiterung der EU um die zwölf Kandidaten, mit denen gegenwärtig Beitrittsverhandlungen geführt werden, ist im Rahmen der heute geltenden Obergrenze für den EU-Haushalt finanzierbar. Die Erweiterung erhöht den Druck in Richtung auf Reformen der EU-Politiken, die ohnehin längst überfällig sind. Zentrale Elemente dieser Reformen sind in der Agrarpolitik die Reduktion der Einkommensunterstützung und in der Strukturpolitik die Konzentration auf bedürftige Mitgliedstaaten. Die hier vorgeschlagenen Reformen führen zu einer Verteilung der Nettolasten, die stärker als heute am relativen Einkommen der EU-Mitglieder orientiert ist. Die Belastung der Nettozahler hält sich im Rahmen, die bedürftigen Mitglieder der heutigen EU erhalten weiterhin Unterstützung, und die neuen Mitglieder werden gleichberechtigt an den ausgabewirksamen Programmen beteiligt.

Bei einer entschiedenen Reform von Agrar- und Strukturpolitik würden die so genannten operativen Ausgaben der EU im Jahr 2013 nur noch 0,57 % des BIP der EU-27 (oder 63,7 Mrd. Euro) beanspruchen. Wenn die EU-Mit-

glieder stattdessen kurzfristige Interessen in den Mittelpunkt stellen, die sich im Festhalten an inhaltlich unbegründeten Subventionen erschöpfen, können die operativen Ausgaben um bis zu 65 Mrd. Euro im Jahr 2013 höher liegen als bei entschiedenen Reformen und dann bis zu 1,16 % des BIP der EU-27 erreichen. Je nach der Gestaltung der EU-Politiken im Erweiterungsprozess sind damit Orientierungspunkte für künftige EU-Verhandlungen über die finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 gesetzt.

Verzicht auf weitere Reformen wäre nicht nur fiskalisch bedenklich, sondern auch deshalb, weil schwer zu rechtfertigende Ungleichgewichte in der Nettozahlerposition der einzelnen Mitgliedstaaten und sachpolitisch falsche Weichenstellungen erhalten blieben. Je mehr Mitglieder die Union aber hat, desto wichtiger wird es, die EU-Politiken transparent und effizient zu gestalten. Anderenfalls ufer der Spielraum für Kompensationsgeschäfte aus, und

Subventionsmentalität dominiert. Dies würde die Akzeptanz der europäischen Integration gefährden.

Die neuen Mitglieder werden nach den hier vorgestellten Szenarienrechnungen voraussichtlich nicht zum Motor weiterer Reformen werden. Hinzu kommt, dass es nach den institutionellen Regeln des Vertrages von Nizza gerade in einer erweiterten Union schwierig ist, Gestaltungsmehrheiten zu finden. Es wäre also kontraproduktiv, die Vorbereitung weiterer Reformen auf die Zeit nach der ersten Erweiterung zu verschieben. Vielmehr muss im Kreis der EU-15 frühzeitig Einigung über die wesentlichen Elemente der Reformen erzielt werden, und so weit möglich sollten erste Schritte getan werden. Die *politische* Einbindung der Kandidaten in die Konsenssuche ist aber schon vor einer Erweiterung unumgänglich. Insofern liefert der bestehende Reformbedarf keine Begründung für eine Verzögerung des Beitrittsprozesses.

Wohlstandsgefälle in der EU-27 und Konsequenzen für die EU-Strukturpolitik

Das große Einkommensgefälle zwischen den heutigen EU-Mitgliedern und den Beitrittskandidaten wird aus ökonomischer Sicht das zentrale Charakteristikum einer um Ostmitteleuropa, Zypern und Malta erweiterten Europäischen Union (EU) sein. In den Differenzen beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf spiegeln sich Unterschiede in Wirtschaftsstruktur und Entwicklungsstand der europäischen Volkswirtschaften. Das DIW Berlin hat in Kooperation mit dem European Policies Research Centre der University of Strathclyde, Glasgow, im Auftrag der Europäischen Kommission die regionalen Entwicklungsunterschiede in der EU und den Beitrittskandidatenländern untersucht und die Wettbewerbsbedingungen in einer erweiterten Union analysiert.¹ Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse dieser empirischen Studie zusammen und diskutiert Konsequenzen für die regionale Strukturpolitik der EU.

Die wirtschaftliche Integration zwischen der EU-15 und den Beitrittskandidaten ist bereits weit voran geschritten. Mit Ausnahme des Agrarbereichs ist der gegenseitige Güterhandel vollständig liberalisiert, und die EU ist für die Beitrittskandidaten heute in der Regel der wichtigste Handelspartner. Auch Direktinvestitionen von Unternehmen aus der EU in den Beitrittskandidatenländern haben seit Beginn der Systemtransformation stark zugenommen. Dennoch kann mit der geplanten Erweiterung nochmals eine deutliche Vertiefung der wirtschaftlichen Integration erwartet werden: Voraussichtlich kommt es zu einer abermaligen Intensivierung der Handelsbeziehungen. Die Investitionsbedingungen für heimische und ausländische Investoren bessern sich, weil mit einer stabileren politischen, rechtlichen und makroökonomischen Entwicklung gerechnet werden kann. Hinzu kommt (mittelfristig) die Freizügigkeit für Arbeitnehmer.

Welche konkreten Wirkungen eine vertiefte Integration haben wird, hängt auf Seiten der Beitrittskandidaten auch davon ab, welche regionalen Entwicklungsbedingungen sich hinter dem bekannten Befund niedriger nationaler Pro-Kopf-Einkommen verbergen. Auf Seiten der EU-15 kann die Erweiterung die Entwicklung ihrer Regionen in zweifacher Weise beeinflussen. Zum einen sind die Regionen unterschiedlich vom wirtschaftlichen Austausch mit den künftigen Mitgliedern betroffen. Zum anderen wird eine Konkurrenz um die Regionalförderung aus dem EU-Budget befürchtet.

Regionale Entwicklungsmuster innerhalb der Beitrittskandidatenländer

Die Analyse regionaler Entwicklungsmuster in den Beitrittskandidatenländern stützt sich sowohl auf Veröffentlichungen von Eurostat als auch auf die Auswertung nationaler amtlicher Quellen und spezieller Untersuchungen zu einzelnen Problemgebieten. Die Eurostat-Statistiken erlauben zwar einen Vergleich der Situation in allen zwölf Kandidatenländern, die regionale Gliederung ist hier jedoch relativ grob. Die drei baltischen Länder sowie Slowe-

nien, Malta und Zypern bestehen jeweils lediglich aus einer einzigen Region; insgesamt werden die Beitrittskandidatenländer in 55 Regionen eingeteilt. Die Auswertung von speziellen Analysen führt zwar zu genaueren Einblicken in Umfang und Ursachen regionaler Entwicklungsunterschiede. Auf dieser stärker disaggregierten Ebene sind jedoch kaum direkte internationale Vergleiche möglich. Bei allen Unterschieden im Detail und in der jeweiligen nationalen Situation lassen sich klare Entwicklungsmuster und gemeinsame Phänomene erkennen:²

- Das regionale BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten (KKP) liegt in fast allen Regionen deutlich unter dem Durchschnitt der EU-15; lediglich Prag und Bratislava liegen darüber. Mit 30 % des EU-Durchschnitts und weniger waren 1998 vor allem Bulgarien, Lettland und Litauen sowie Teile Rumäniens und Polens besonders arm.³
- Während bei der Arbeitslosigkeit in der Vergangenheit das Niveau und die regionalen Unterschiede eher geringer waren als in der EU-15, hat sich die Situation in letzter Zeit deutlich verschlechtert. Insbesondere in Bulgarien, der Slowakei und Polen sind Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit zu finden; niedrige Arbeitslosenquoten weisen einige Regionen Ungarns, Rumäniens und der Tschechischen Republik auf.⁴
- Die Volkswirtschaften der Beitrittskandidaten sind stark auf die jeweilige Hauptstadtregion orientiert. Hier konzentrieren sich ausländische Direktinvestitionen, Ausbildungsstätten und hochqualifizierte Arbeitskräfte. Mit

¹ Christian Weise, John Bachtler, Ruth Downes, Irene McMaster, Kathleen Toepel: The Impact of EU-Enlargement on Cohesion. Background Report for the Preparation of the European Commission's Second Report on Economic and Social Cohesion, Berlin und Glasgow, 2001. Download: <http://www.diw.de/english/abteilungen/wit/projekte/index.html>

² Für eine ausführliche Analyse und detaillierte Tabellen vgl. Christian Weise et al., Enlargement and Cohesion, a. a. O.

³ Vgl. Europäische Kommission: Einheit Europas, Solidarität der Völker, Vielfalt der Regionen — Zweiter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Brüssel, 2001.

⁴ Vgl. Eurostat: Statistik kurzgefasst, Allgemeine Statistik, Thema 1 — 8/2001, Regionen.

Ausnahme Bulgariens ist in den größeren Kandidatenländern das BIP pro Kopf in der jeweiligen Hauptstadtregion deutlich höher als in jeder anderen Region des Landes.

- Die Regionen an der westlichen Grenze profitieren von der Nähe zur EU. Handel, Investitionen, Tourismus und grenzüberschreitende Initiativen haben positive Wirkungen.
- Demgegenüber drohen die Regionen an den östlichen Grenzen und andere ländlich geprägte Gebiete abgehängt zu werden. Hohe Arbeitslosigkeit, niedrigere Investitionen, schlechte Infrastrukturausstattung und Abwanderung kommen hier zusammen.
- Industriell geprägte Räume waren vor der Systemtransformation die Träger der Entwicklung. Sie sind heute vom gewandelten Wettbewerbsumfeld, von rückläufiger staatlicher Unterstützung und negativen Umweltbedingungen besonders stark betroffen.
- Eine Cluster-Analyse zeigt deutlich die Dominanz des Agrarsektors in den Volkswirtschaften der Beitrittskandidaten. Nur wenige Regionen in der EU-15 sind ähnlich stark landwirtschaftlich geprägt wie weite Teile der mittel- und osteuropäischen Länder. Lediglich in Ungarn, der Tschechischen Republik und Polen finden sich einzelne industriell geprägte Regionen. Der Dienstleistungsbereich ist deutlich unterentwickelt.

Regionale Wirkungen in der EU-15

Während die EU-Länder für die Beitrittskandidaten die wichtigsten wirtschaftlichen Partner sind, haben diese Länder für die EU zwar an Bedeutung gewonnen, üben aber bisher keinen großen wirtschaftlichen Einfluss auf die EU aus.⁵ Für die früher oft geäußerte Sorge, dass die Transformationsländer die Anbieter aus den ärmeren EU-Ländern von den Märkten verdrängen könnten, gibt es nach wie vor keinen Beleg. Den Beitrittskandidaten ist es zwar gelungen, die Güterstruktur ihrer Exporte von inter-industriellem auf intra-industriellen Handel umzustellen, doch mit Ausnahme Ungarns sind der Technologiegehalt und der Wertschöpfungsanteil ihrer Exporte immer noch vergleichsweise gering.

Die wirtschaftliche Verflechtung mit den Beitrittskandidaten konzentriert sich auf Seiten der EU stark auf Deutschland und Österreich. Dies gilt für die Exporte wie für die Importe. Deutschland und Österreich sind auch die wichtigsten Herkunftsländer für Investitionen in diesen Ländern und voraussichtlich die bevorzugten Zielländer für die Migration,⁶ die nach einer Erweiterung zu erwarten ist.

Analog wird oft erwartet, dass insbesondere die deutschen und österreichischen Gebiete an der Grenze zu den assoziierten Staaten stark von der Erweiterung betroffen sein werden. In der Tat ist der Anteil der ostmittel-

europäischen Staaten am Außenhandel der neuen Bundesländer deutlich höher als an dem der übrigen Länder. Dies wird allerdings relativiert durch die insgesamt geringere Exportquote der ostdeutschen Länder. Permanente Zuwanderung wird sich nach aller Erfahrung vor allem auf die Regionen richten, deren Arbeitsmärkte aufnahmefähig sind. Wie schon heute zu beobachten, werden die Zielgebiete der Migration also vor allem westdeutsche Ballungsräume und die bayerischen Grenzgebiete sein und weniger die ostdeutschen Grenzgebiete mit z. T. geringer Bevölkerungsdichte und hoher Arbeitslosenquote. Dennoch konzentrieren sich die Anpassungserfordernisse in den Grenzregionen. Die Erweiterung zieht hier allerdings nicht nur Risiken für einzelne Akteure nach sich, sondern bietet auch Chancen (z. B. zum Aufbau grenzüberschreitender Produktionsnetzwerke und zur Nutzung billigerer Güter- und Dienstleistungsangebote). In den östlichen Grenzgebieten Österreichs werden sich diese Fragen in besonderer Weise stellen, da auf beiden Seiten der Grenze dicht besiedelte Gebiete liegen.⁷

Konsequenzen für die EU-Strukturpolitik

Mit ihrer Strukturpolitik verfolgt die EU vor allem das Ziel, regionale Unterschiede in der Wirtschaftskraft zu verringern und insbesondere den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete abzubauen. Der Schwerpunkt der Aktivitäten in diesem Politikbereich muss in einer erweiterten Union also deutlich in den neuen Mitgliedstaaten liegen.

Priorität für nationale Aufholstrategien

Gemessen am geschätzten durchschnittlichen BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten für die EU-27 werden die Beitrittskandidatenländer auch im Dreijahreszeitraum 2001 bis 2003⁸ praktisch vollständig aus besonders bedürftigen Regionen bestehen, da ihr BIP pro Kopf unter der heute maßgeblichen Schwelle von 75 % des EU-Durch-

⁵ Vgl. Tito Boeri und Herbert Brücker: The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States, European Integration Consortium (DIW Berlin, CEPR, London, FIEF, Stockholm, IGIER, Mailand, IHS, Wien, unter Mitarbeit des IAB, Nürnberg), Berlin und Mailand, 2001.

⁶ Die Migration wird sich nach Schätzungen des DIW Berlin in Grenzen halten; vgl. hierzu zuletzt: EU-Osterweiterung: Abschottung oder regulierte Öffnung? Zu den Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Bearb.: Herbert Brücker und Christian Weise. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 31/2001, S. 473–481.

⁷ Vgl. auch Peter Huber: Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung, Prearity Teilprojekt 10, WIFO, Wien, 2001.

⁸ Die Werte für diesen Zeitraum werden bei der Abgrenzung der in der nächsten Förderperiode der Strukturfonds von 2007 bis 2013 besonders unterstützten Regionen voraussichtlich maßgeblich sein.

schnitts liegt; Ausnahmen sind lediglich Prag, Bratislava, Zentral-Ungarn und Slowenien.⁹ Die Kandidatenländer leiden also vor allem unter einem nationalen Entwicklungsrückstand, wobei die konkreten Probleme der einzelnen Regionen allerdings sehr unterschiedlich sind. Für die Förderprogramme der EU-Strukturfonds ist es wichtig, die jeweilige nationale Aufholstrategie zu unterstützen und sich nicht auf unverbundene regionale Entwicklungspläne zu beschränken. Insbesondere wäre es kontraproduktiv, die jeweilige Hauptstadtregion von der Unterstützung im Rahmen der Strukturfondsprogramme auszuschließen, weil gerade diese Regionen Träger des nationalen Wachstums sind. Dieses ließe sich vermeiden, wenn die Strukturfondsunterstützung nicht mehr auf bedürftige Regionen, sondern auf bedürftige Mitgliedstaaten ausgerichtet würde.¹⁰ Der Gefahr, dass es dann zu einer unerwünscht starken Konzentration der Förderung auf die reichsten Regionen eines Empfängerstaates kommt, könnte durch gemeinschaftliche Vorgaben bei der Entwicklung der Förderprogramme begegnet werden.

Absorptionsfähigkeit der Empfängerländer beachten

Mit den Beschlüssen zur Agenda 2000 wurde 1999 eine Obergrenze für strukturpolitische Transfers an einen Mitgliedstaat eingeführt, die bei 4 % seines nominalen BIP liegt. Vertreter der Beitrittskandidaten fordern eine Anhebung (oder gar Abschaffung) dieser Grenze; auch die Europäische Kommission deutet Überlegungen in diese Richtung an. Auch wenn es bislang keine objektive Methode zur Festlegung einer Obergrenze gibt, ist es nach den vorliegenden Erfahrungen mit den Strukturfonds unerlässlich, eine solche Grenze zu vereinbaren. Andernfalls wären eine effektive Planung und Begleitung des Mitteleinsatzes durch die Administration nicht mehr möglich, und es drohten Mittelverschwendung und inflationäre Wirkungen. Es scheint ratsam, hier eher mit einer engen Grenze (wie sie heute bereits Teil der Verordnungen ist) zu beginnen und allenfalls im Lichte der dabei gesammelten Erfahrungen über eine darüber hinaus gehende Förderung nachzudenken.

Auch die Beibehaltung der heute geltenden Grenze erlaubt bereits eine recht umfangreiche Förderung der neuen Mitglieder.¹¹ Eine komplette Aufhebung dieser Schranke würde etwa zu einer Verdopplung der Transfers an die neuen Mitglieder führen. Nach Berechnungen des DIW Berlin erhielte Bulgarien dann Strukturfondstransfers in Höhe von 16,7 % seines BIP, Rumänien käme auf 13 %, Polen auf 7 % im Durchschnitt der Jahre von 2007 bis 2013. Wegen der erforderlichen Kofinanzierung aus nationalen Quellen von mindestens 25 % der Gesamtausgaben würden in diesen Fällen die regionalen Entwicklungsprogramme ein Volumen von 10 bis 25 % des BIP haben.

Die Festlegung einer Obergrenze für die Transferzahlungen an ein Land als Prozentsatz seines BIP wird gelegentlich mit dem Argument kritisiert, dass dort, wo die Schwelle greife, ein Land umso weniger Transfers erhalte, je ärmer es sei. Dies ist jedoch genau der erwünschte Effekt, da auch die Kraft zur sinnvollen Absorption von Mittelzuflüssen vom Entwicklungsstand abhängt. Eine alternative Vorgehensweise könnte darin gesehen werden, pauschal einen Höchstbetrag für die Förderung pro Kopf festzulegen. Dieser Wert müsste sich an der höchsten heute erreichten Förderung orientieren; dies sind etwa 350 Euro pro Kopf in den prioritären Förderregionen Portugals. Auch in diesem Fall erhielten die neuen Mitgliedsländer immer noch Zahlungen von bis zu 13,6 % ihres BIP. Das Problem der überforderten Absorptionsfähigkeit bliebe bestehen.

Mittelkürzung für EU-15 ist hinzunehmen

Ein Großteil der Förderung aus den EU-Strukturfonds ist heute für diejenigen Regionen vorgesehen, die ein BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten von weniger als 75 % des EU-Durchschnitts aufweisen (so genannte Ziel-1-Förderung). Da dieser Durchschnitt sinkt, wenn sich die EU um bis zu zwölf entwicklungsschwache Mitgliedstaaten erweitert, droht vielen heutigen Ziel-1-Regionen nach einer Erweiterung ein Verlust von Fördermitteln. In der politischen Debatte um diesen Effekt ist allerdings zu beachten, dass einige wachstumsstarke Ziel-1-Regionen künftig auch ohne Erweiterung ihren Förderstatus verlieren werden. Um die Relevanz des Problems für die einzelnen Mitglieder der EU-15 zu prüfen, wurden hier unterschiedliche Modelle für die künftige Abgrenzung prioritärer Förderregionen berechnet, wobei geschätzte Werte für das BIP pro Kopf von 2001 bis 2003 verwendet wurden (Tabelle 1).¹² Dabei wur-

⁹ Vgl. Christian Weise et al.: *Enlargement and Cohesion*, a. a. O., Anhang 5, sowie Christian Weise, Martin Banse, Wolfgang Bode, Barbara Lippert, Ferdinand Nölle, Stefan Tangermann: *Reformbedarf bei den EU-Politiken im Zuge der Osterweiterung der EU*, Berlin und Göttingen, 2001. Download: <http://www.diw.de/deutsch/abteilungen/wlt/projekte/index.html>

¹⁰ Hierfür sprechen auch zahlreiche andere Gründe; vgl. den ersten Artikel in diesem Wochenbericht sowie Christian Weise et al.: *Reformbedarf ...*, a. a. O.

¹¹ Das für die Strukturpolitik zuständige Mitglied der Europäischen Kommission Barnier rechnet zwar damit, dass Bulgarien dann nur 500 Mill. Euro p. a. erhalte, und hält dies offensichtlich für einen zu geringen Betrag (FAZ vom 22. Mai 2001). Die Grundlage für diese Aussage ist allerdings unklar. Nach den BIP-Angaben von Eurostat und den Wachstumsannahmen der Kommission in der Agenda 2000 erhielte Bulgarien 2007 etwa 640 Mill. Euro und 2013 etwa 808 Mill., wenn die Transfers 4 % des BIP ausmachen würden. Nach Berechnungen des DIW ist eher von 764 bis 1 092 Mill. Euro (jeweils in Preisen von 1999) auszugehen; vgl. Christian Weise et al.: *Reformbedarf ...*, a. a. O.

¹² Vgl. Christian Weise et al.: *Reformbedarf ...*, a. a. O., Abschnitt 4.2.1.

Tabelle 1

Bevölkerung in Ziel-1-Gebieten der EU-15 bei verschiedenen Auswahlkriterien 2007 bis 2013

	Auswahlkriterium						
	Regionales BIP pro Kopf in KKP ¹⁾ unter				Nationales BIP pro Kopf in KKP unter		
	75 %	75 %	75 %	80 %	80 %	90 %	95 %
	der EU-15		der EU-27		der EU-27		
	2000 – 2006		2007 – 2013				
	in 1 000 Personen						
Belgien	0	0	0	0	0	0	0
Dänemark	0	0	0	0	0	0	0
Deutschland	14 153	10 295	1 660	3 455	0	0	0
Griechenland	10 445	6 093	3 750	6 093	10 445	10 445	10 445
Spanien	23 219	14 868	8 203	13 817	0	0	39 059
Frankreich	1 644	1 708	1 708	1 708	0	0	0
Irland	965	0	0	0	0	0	0
Italien	19 302	17 424	2 040	16 824	0	0	0
Luxemburg	0	0	0	0	0	0	0
Niederlande	0	0	0	0	0	0	0
Österreich	275	279	0	0	0	0	0
Portugal	6 616	6 260	501	6 260	0	9 909	9 909
Finnland	1 076	0	0	0	0	0	0
Schweden	452	0	0	0	0	0	0
UK	5 079	3 780	0	0	0	0	0
EU-15	83 226	60 707	17 862	48 157	10 445	20 354	59 413
	in % der Ziel-1-Bevölkerung im Zeitraum 2000 – 2006						
Belgien		0	0	0	0	0	0
Dänemark		0	0	0	0	0	0
Deutschland		73	12	24	0	0	0
Griechenland		58	36	58	100	100	100
Spanien		64	35	60	0	0	168
Frankreich		104	104	104	0	0	0
Irland		0	0	0	0	0	0
Italien		90	11	87	0	0	0
Luxemburg		0	0	0	0	0	0
Niederlande		0	0	0	0	0	0
Österreich		101	0	0	0	0	0
Portugal		95	8	95	0	150	150
Finnland		0	0	0	0	0	0
Schweden		0	0	0	0	0	0
UK		74	0	0	0	0	0
EU-15		73	21	58	13	24	71

¹⁾ KKP = Kaufkraftparitäten.
Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

de das Maß an Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen, das in den europäischen Volkswirtschaften in der Vergangenheit zu beobachten war, fortgeschrieben bzw. auch auf die Beitrittskandidaten übertragen.

Unter den fünf großen Empfängern von Ziel-1-Mitteln (Spanien, Italien, Deutschland, Griechenland und Portugal) sind Spanien und Griechenland von der Erweiterung am wenigsten betroffen, dafür aber umso mehr vom ohnehin stattfindenden Konvergenzprozess. Ohne Erweiterung schrumpfen ihre Ziel-1-Gebiete bei unveränderten Vergaberegeln auf etwa 60 % des heutigen Umfangs (ge-

messen an der Bevölkerungszahl), während Portugal und Italien kaum betroffen sind (95 bzw. 90 %). Deutschland verliert gemessen an der Bevölkerungszahl ein Viertel seiner Ziel-1-Gebiete.

Bei einer Erweiterung um alle zwölf Beitrittskandidaten behalten die drei letztgenannten Länder jedoch nur etwa ein Zehntel ihrer Ziel-1-Gebiete, wenn als Auswahlkriterium die Schwelle von 75 % des durchschnittlichen BIP pro Kopf der EU beibehalten wird. In Spanien und Griechenland bleibt dagegen ein gutes Drittel des heutigen Umfangs erhalten.

Bei einer Anhebung der Förderschwelle auf 80 % des durchschnittlichen BIP pro Kopf vergrößern sich die Ziel-1-Gebiete der heutigen EU-Mitglieder. Dann erreichen fast alle großen Empfängerländer praktisch wieder den Wert des ersten Szenarios, d. h. die Auswirkungen der Erweiterung würden für sie neutralisiert. Die einzige Ausnahme ist Deutschland, wo das Fördergebiet immer noch um zwei Drittel kleiner ausfällt als ohne Erweiterung. Unter den kleineren Empfängern verlieren Irland, Finnland und Schweden in jedem Fall von 2007 an sämtliche Ziel-1-Mittel; für Österreich und das Vereinigte Königreich gilt dies für alle Erweiterungsszenarien.

Wenn die prioritäre Förderung aus den Strukturfonds nicht mehr dem regionalen, sondern dem nationalen BIP pro Kopf folgt, kommen aus der EU-15 allenfalls noch Spanien, Portugal und Griechenland für eine Unterstützung infrage. Damit Spanien Mittel erhielte, müsste die Schwelle für die Förderwürdigkeit allerdings sehr hoch, bei 95 % des EU-27-Durchschnitts, angesetzt werden. Ähnliches gilt für Portugal, für das hier ein BIP pro Kopf von 88 % des Durchschnitts unterstellt wird (Griechenland: 78 %).

Die von einer Verringerung der Ziel-1-Förderung in der EU-15 nach einer Erweiterung betroffenen Regionen und Staaten, darunter insbesondere Spanien, fordern einen Ausgleich für ihren Verlust. Da ihr BIP pro Kopf nicht um einen Euro stiege und sie lediglich *relativ* zum EU-Durchschnitt „reicher“ würden, beruhe die Begründung für ihren Mittelverlust lediglich auf einer „statistischen Täuschung“. Diese Position ist jedoch unbegründet, da die Strukturfondszahlungen eben nicht als Instrument zur Sicherung eines *absoluten* Existenzminimums konzipiert sind, sondern dazu beitragen sollen, „Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen ... zu verringern“ (Art. 158 EGV). Deshalb ist das sinkende durchschnittliche BIP in der EU nicht — wie von Vertretern heute geförderter Regionen suggeriert — unerheblich zur Beurteilung der Förderbedürftigkeit einer EU-Region, sondern ausschlaggebend. Unbenommen bliebe es aber, die Förderung ehemaliger Ziel-1-Regionen nicht abrupt zu beenden, sondern allmählich auslaufen zu lassen.

Da sich viele der heutigen Empfänger in einer erweiterten EU nicht mehr für die prioritäre Förderung aus den Strukturfonds qualifizieren, mag es zwar nahe liegen, die Förderschwelle so anzupassen, dass möglichst viele betroffene Regionen weiter gefördert werden. Hierbei ist aber — unabhängig von der inhaltlichen Kritik an einer

Aufweichung der Kriterien — zu beachten, dass die großzügigeren Förderbedingungen auch für die neuen Mitglieder gelten. Auch sie bzw. ihre Regionen würden dann im Extremfall so lange gefördert, bis sie ein BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten (KKP) von 86 % des EU-27-Durchschnitts aufweisen (dies entspräche einem Wert von 75 % des EU-15-Durchschnitts). Nach den Erfahrungen der europäischen Marktwirtschaften in der Nachkriegszeit ist anzunehmen, dass eine Anhebung der Förderschwelle um diese 11 Prozentpunkte die Dauer der Förderung der ostmitteleuropäischen Regionen um bis zu drei Dekaden verlängern würde.

Fazit

Die Entwicklungsunterschiede in einer erweiterten EU erfordern es, die EU-Strukturfonds künftig vorrangig zugunsten der neuen Mitgliedsländer einzusetzen. Dabei ist es sinnvoll, in jedem Mitgliedsland die heute geltende Obergrenze für strukturpolitische Transfers von 4 % seines nominalen BIP beizubehalten. Getrennte Fördergebiete für die heutige EU einerseits, die neuen Mitglieder andererseits, mit jeweils eigenen Regularien, sind weder notwendig noch mit dem EU-Recht zu vereinbaren.

Die EU-Förderprogramme sollten vor allem den jeweiligen nationalen Aufholprozess unterstützen, also unabhängig vom regionalen Einkommen eine flächendeckende Förderung ermöglichen, wenn das nationale BIP pro Kopf unter einer kritischen Grenze liegt. Diese Schwelle sollte relativ niedrig angesetzt werden, z. B. bei 80 % des durchschnittlichen BIP pro Kopf der EU-27, um die Förderung auf die bedürftigsten Empfänger zu begrenzen. Wenn stattdessen an einer regionalen Ausrichtung der Förderung festgehalten wird, gibt es keinen inhaltlichen Grund, das heute geltende Kriterium zur Abgrenzung prioritär zu fördernder Regionen (BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten unter 75 % des EU-Durchschnitts) zu ändern. Schon bei Verwendung dieser Grenze wäre die Bevölkerungszahl in den geförderten Gebieten deutlich größer als bei einer Ausrichtung an einem niedrigen Wert für das nationale BIP pro Kopf. Nutznießer hiervon wären vorrangig arme Regionen aus Mitgliedstaaten mit einem allenfalls leicht unterdurchschnittlichen, zumeist aber relativ hohem Einkommensniveau. Diese Staaten sollten nach dem Subsidiaritätsprinzip selbst für ihre armen Regionen sorgen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU-Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röller, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sigheilm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.
- Heft 180 **Der deutsche Dienstleistungshandel im internationalen Vergleich.** Von Siegfried Schultz und Christian Weise unter Mitarbeit von Dietmar Schumacher. 151 S. 1999. (3-428-09845-5). DM 140,— / öS 1.022,— / sFr 124,—.
- Heft 181 **Der Dienstleistungssektor in Hamburg — Stand, Verflechtung, Qualifikation und Entwicklungschancen.** Von Martin Gornig, Peter Ring und Reiner Stäglin. 230 S. 1999. (3-428-09901-X). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 182 **Ökonomische Wirkungen der Städtebauförderung in Mecklenburg-Vorpommern.** Von Lorenz Blume (Universität Göttingen), Klaus-Peter Gaulke (DIW) und Josef Rother (GEFAK). Projektleitung: Rolf-Dieter Postlep (DIW). 108 S. 1999. (3-428-09915-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 183 **Unternehmensbezogene Dienstleistungen im Land Brandenburg — Strukturen, Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten.** Von Kurt Geppert. 122 S. 1999. (3-428-09941-9). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 184 **Auswirkungen der weltweiten Konzentration in der Bergbauproduktion auf die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft.** Von Peter Eggert, Alfred Haid, Eberhard Wettig (DIW), Manfred Dahlheimer, Manfred Kruszona, Hermann Wagner (BGR). 398 S. 2000. (3-428-10273-8). DM 198,— / öS 1.145,— / sFr 176,—.
- Heft 185 **Kommunal финанzen und kommunaler Finanzausgleich in Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 164 S. 2000. (3-428-10274-6). DM 148,— / öS 964,— / sFr 131,—.
- Heft 186 **Aktuelle steuerliche Rahmenbedingungen für den privaten Mietwohnungsbau — Wirkungen und Alternativen.** Von Stefan Bach und Bernd Bartholmai. 127 S. 2000. (3-428-10382-3). DM 138,— / sFr 122,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen ToepeI. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwienner. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwienner. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen ToepeI. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Nr. 168 **E-Commerce — Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hansjörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 169 **Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Karl Brenke und Frank Fleischer. 115 S. 2000. (3-428-10233-9). DM 112,— / sFr 99,50.
- Nr. 170 **Geld, Banken und Staat in Sozialismus und Transformation.** Von Mechthild Schrooten. 201 S. 2000. (3-428-10243-6). DM 148,— / sFr 131,—.
- Nr. 171 **Wie entwickeln sich die Gewinne in Deutschland? Gewinnaussagen von Bundesbank und Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung im Vergleich.** Von Bernd Görzig und Claudius Schmidt-Faber. 84 S. 2001. (3-428-10504-4). DM 92,— / sFr 81,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Ulrich Kamecke (kommissarisch),
Prof. Dr. Hans-Georg Petersen (kommissarisch), Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel,
Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Hans-Joachim Ziesing

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann

EU-Osterweiterung finanzierbar — Reformdruck wächst

Bearbeitet von Christian Weise

Wohlfstandsgefälle in der EU-27 und Konsequenzen für die EU-Strukturpolitik

Bearbeitet von Christian Weise

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304